

Presseinformation

Nr. 71

Bochum, 1.6.2015

**Wenn das Regieren schwierig wird  
Viele kleine Gruppierungen in NRWs Rathäusern  
RUB-Gutachter plädieren für Einführung der 3%-Sperrklausel**

**Das Regieren in NRWs Rathäusern wird immer schwieriger. Grund ist das starke Aufkommen kleiner Parteien und Wählergruppen im Rat, die das Bilden klarer Mehrheiten und Koalitionen erschweren. Ein Ausweg könnte die Wiedereinführung einer Sperrklausel sein. RUB-Wissenschaftler vom Lehrstuhl für Öffentliche Verwaltung, Stadt- und Regionalpolitik um Professor Dr. Jörg Bogumil haben dazu nun ein Gutachten erstellt.**

**Arbeit in den Kommunalvertretungen hat sich drastisch verändert**

16 Jahre und vier Kommunalwahlen nach der Abschaffung der kommunalen Sperrklausel in NRW hat sich die Arbeit in den Kommunalvertretungen drastisch verändert. Insbesondere in den Großstädten stieg in diesem Zeitraum die Zersplitterung und Fragmentierung der Kommunalvertretungen. So erhöhte sich die durchschnittliche Anzahl der im Rat vertretenen Listen um 66 Prozent. Durchschnittlich gibt es 9,3 Listen im Rat. Auch die Zahl der fraktionslosen Listen stieg in Großstädten 2014 auf insgesamt 110 Listen, 2009 waren es noch 61. Mittlerweile sind 8 Prozent der Mandatsträger in Großstädten nicht mehr Mitglied einer Fraktion.

**Konflikte im Rat sind vorprogrammiert**

Diese Heterogenisierung und Fragmentierung hat erhebliche Auswirkungen auf die Mehrheitsbildung und die Arbeitssituation in den Kommunalvertretungen. Es kommt häufiger zu Konflikten bei Beratungen im Rat und in Ausschüssen und auch die Bereitschaft zum Konsens in Sachfragen ist deutlich niedriger ausgeprägt. Die Folge: Es wird zunehmend schwierig, klare Mehrheiten und Koalitionen zu bilden. Allerdings halten Bürgermeister und Landräte dauerhafte Ratsmehrheiten mit einem Anteil von 86% bzw. 92% für wichtig für die Funktionsfähigkeit der kommunalen Organe. Die Mehrheit der Bürgermeister verfügt aber nicht mehr über eine eigene Ratsmehrheit.

### **Sitzungen dauern viel länger als früher**

Bei ihrer Befragung der Bürgermeister fanden Prof. Dr. Jörg Bogumil und seine Kollegen heraus, dass die steigende Anzahl von Parteien und Gruppierungen einen deutlichen Einfluss auf die Arbeitsweise der Kommunalvertretungen hat. Ratssitzungen und Haushaltsberatungen dauern wesentlich länger. Und das ohne erkennbaren Mehrgewinn: 87,5 Prozent der befragten Bürgermeister meinen, dass durch Kleinstfraktionen oder fraktionslose Mitglieder keine wichtigen Impulse für die Ratsarbeit gegeben werden. In aller Regel bleiben ihre Ratsanträge folgenlos.

### **Empfehlung: Sperrklausel einführen**

Die Wissenschaftler vom Lehrstuhl für Öffentliche Verwaltung, Stadt- und Regionalpolitik raten in ihrem nun veröffentlichten Gutachten daher dazu, eine einheitliche gesetzliche Sperrklausel von 3 Prozent im nordrhein-westfälischen Kommunalwahlrecht einzuführen. Dies würde bedeuten, dass eine Partei bei der Kommunalwahl mindestens drei Prozent der Stimmen erhalten muss, um in den Rat einzuziehen. Prof. Dr. Jörg Bogumil: „Dies scheint zwingend erforderlich zu sein. Zumal damit zu rechnen ist, dass die Fragmentierung weiter zunehmen wird.“

### **Weitere Informationen:**

Prof. Dr. Jörg Bogumil, Ruhr-Universität Bochum, Fakultät für Sozialwissenschaft, Lehrstuhl für Öffentliche Verwaltung, Stadt- und Regionalpolitik, Universitätsstr. 150, 44801 Bochum  
Tel. 0234/32- 27805  
joerg.bogumil@ruhr-uni-bochum.de  
<http://www.ruhr-uni-bochum.de/sowi/regionalpolitik/>